

le und Spielzeug, Feste und Freizeit, Schule und Bildung, Jugendgruppen und politisches Engagement, aber auch Prostitution und Mädchenhandel und die Einstellung zu Gewalt. Darüber hinaus behandelt Sch. Armut und Kinderarbeit, die Lage von jüdischen Waisen, das Heiratsverhalten, Konversionen und Emigration. Die zahlreichen Informationen, die die Autorin dabei aus den in polnischen Regionalarchiven verwahrten Akten der kongreßpolnischen Behörden schöpft, machen deutlich, welch reiche, bisher noch wenig genutzte Archivbestände für die Erforschung der Lebensverhältnisse der jüdischen Bevölkerung dort vorhanden sind. Hier sei besonders auf die Ergebnisse zu Schule und Bildung (S. 265–275) und zum Heiratsverhalten (S. 364–367) hingewiesen.

In diesem Teil kann Sch. überzeugendere Ergebnisse präsentieren als bei der Auswertung der Tagebücher, bei der es oft fraglich bleibt, inwieweit verallgemeinerbare Schlüsse aus der Darstellung von individuellen Erfahrungen und Haltungen gezogen werden können. Ein Defizit der gesamten Studie besteht darin, daß Veränderungen in der Lebenswelt und den Einstellungen in dem halben Jahrhundert zwischen den 1880er und den 1930er Jahren, einer Phase ausgesprochen schnellen sozialen und politischen Wandels, in dieser Studie relativ undeutlich bleiben. Insgesamt liefert der Band jedoch einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Lebenswelten osteuropäischer Juden in der Jahrhunderthälfte vor dem Zweiten Weltkrieg, der bei weiteren Studien zu diesem Thema berücksichtigt werden muß.

Marburg/Lahn

Kai Struve

Tomasz Nodzyński: „Strażnica Zachodnia“ 1922–1939. Źródło do dziejów myśli zachodniej w Polsce. [Die Zeitschrift „Strażnica Zachodnia“ 1922–1939 als Quelle für die Geschichte des Westgedankens in Polen.] Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej im. Tadeusza Kotarbińskiego. Zielona Góra 1997. 181 S.

Das Buch ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation an der Pädagogischen Hochschule in Grünberg (Zielona Góra), die bei der Aufarbeitung deutsch-polnischer Zeitgeschichte besonders aktiv ist.

Mit der Zeitschrift „Strażnica Zachodnia“ (Westwacht) hat sich der Vf. einer der wichtigsten programmatisch-wissenschaftlichen Zeitschriften der polnischen „Westforschung“ – dem nach dem Ersten Weltkrieg angesichts deutscher Revisionsforderungen besonders geförderten Gegenpol zur deutschen „Ostforschung“ – angenommen. Nodzyński beginnt seine Darstellung mit einer knappen Betrachtung des *Polski Związek Zachodni* (Polnischer Westbund) und einer kurzen Betrachtung des organisatorischen und inhaltlich-politischen Einflusses der polnischen Nationaldemokratie auf die Ausrichtung und Themenstellung der Zeitschrift. Der größere Teil der Abhandlung ist thematisch gegliedert und beobachtet die Behandlung der „Westlichen Gebiete“ in Hinsicht auf ihre Geschichte, auf die aktuellen Probleme im Rahmen der Politik der Zweiten Polnischen Republik sowie Äußerungen zu Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Zwischenkriegszeit. Die Jahre von 1946 bis 1950, in der die „Strażnica Zachodnia“ wiederum als Organ des PZZ erschien, berücksichtigt N. ohne Nennung von Gründen nicht. Gewissen Raum nimmt – völlig zu Recht – ein Problem ein, das zur „Gründung“ der polnischen Westforschung und ihrer wichtigsten Zeitschrift mit beigetragen hatte: Die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Ostforschung, d. h. das Bemühen, deren Argumente für eine Revision der in Versailles festgelegten Grenzen zu entkräften.

Was zunächst wie eine kritische historiographische Würdigung eines der Hauptorgane der polnischen Westforschung wirkt, geht im Hauptteil der Darstellung über eine Inhaltsangabe der herangezogenen Zeitschriftenaufsätze kaum hinaus. Tatsächlich beschränkt sich N.s analytischer Zugriff auf die Feststellung, ob der betreffende Autor mit seinen Feststellungen sich noch auf dem Boden dessen befinde, was heute als wissenschaftlich haltbar gilt oder nicht – in offensichtlicher Unkenntnis etwa der neueren

Diskussion um die politische und legitimierende Funktion einer wissenschaftlich betriebenen Historiographie in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945. Weder scheint N. das in den von ihm behandelten Artikeln vertretene Paradigma der streitenden Völker und/oder Nationen für problematisierbar zu halten noch die These, historische „Verdienste“ – gemeint ist etwa die fatale Frage nach dem „Kulturträger“ – könnten territoriale Ansprüche legitimieren (S. 106). Darüber hinaus nimmt sich N. durch den ausdrücklichen Verzicht auf eine chronologische Darstellung der Argumentationsweisen der „Strażnica Zachodnia“ jegliche Möglichkeit, diese mit politischen Entwicklungen in Beziehung zu setzen. Schließlich ist die Ausblendung der ersten Nachkriegsjahre kaum begründbar, erschien die Zeitschrift doch nun in einer Situation, in der mit der Eingliederung der „Wiedergewonnenen Gebiete“ wesentliche Teile des territorialen Programms der Trägergruppen verwirklicht worden waren.

Insgesamt wird die von N. gewählte Darstellungsform – eine Sammelrezension vom Standpunkt einer national orientierten Historiographie aus – den Möglichkeiten dieses Themas nicht gerecht. Als Einführung in die Themenbreite der polnischen Westforschung hat sie jedoch ihren unbezweifelbaren Wert.

Düsseldorf

Michael G. Esch

Michael A. Hartenstein: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den ‚eingegliederten Ostgebieten‘ 1939 bis 1944. (Wissenschaftliche Schriftenreihe Geschichte, Bd. 6.) Verlag Dr. Köster. Berlin 1998. 496 S., 151 Abb. i. T., Kte.

In den letzten Jahren ist ein wachsendes Interesse an der Rekonstruktion und historiographischen Beurteilung nationalsozialistischer Siedlungs- und Raumordnungskonzeptionen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer erneuerten Diskussion um Gestalt und Relevanz des *Generalplan Ost* – zu bemerken. In diesen Rahmen stellt sich auch die hier zu besprechende Dissertation. Der Autor untersucht Planungsrichtlinien, Pläne (sowohl in kartographischer als auch in deskriptiver Form) und Modelle für die Umgestaltung der „eingegliederten Ostgebiete“. Die Arbeit stellt – nach einem knappen Abriss der „ideologischen Grundlagen“ und einer ausführlichen Auflistung der planerisch aktiven Behörden – zunächst die geltenden bzw. für die Siedlungsplanung erlassenen Planungsrichtlinien vor (größtenteils kommen diese komplett oder leicht gekürzt zum Abdruck), um sich danach zuerst den Raumordnungsplänen, schließlich den konkreten Plänen für die Umgestaltung bzw. den Neubau von Dörfern bzw. Dorfbereichen zuzuwenden. Hartenstein stützt sich im wesentlichen auf Arbeiten aus dem Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), der Reichsstelle für Raumordnung und der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, ohne allerdings zwischen Schriften und Gutachten für den Dienstgebrauch und Veröffentlichungen unterschiedlicher Zielsetzung zu unterscheiden.

H. kommt zu dem Ergebnis, spezifisch nationalsozialistisch gewesen sei an den von ihm in extenso dargestellten Planungen, daß sie überhaupt stattfanden (S. 459), daß der mit totalem (Heils-)Anspruch angetretene NS-Staat eben auch Siedlung und Siedlungsplanung nicht anders denn total begreifen konnte. H. betont weiterhin, daß die Siedlungsplanung im kolonisierbaren Osten mit einer Bereinigung der Realteilungsgebiete im Westen und Süden verknüpft werden sollte und die von ihm mehr beschriebenen als für eine erkennbare Argumentation herangezogenen Planungen durchaus nicht darauf abzielten, die Agrarstruktur oder -verfassung in mittelalterliche Verhältnisse zurückzuentwickeln, sondern daß moderne und auf größtmöglichen ökonomischen und (bevölkerungs-)politischen Nutzen zielende Elemente vorherrschten.

H. faßt sein Thema rein deskriptiv auf; er will nach eigenem Bekunden nicht beurteilen, sondern beschreiben. Dies bedeutet, daß die Arbeit über weite Strecken aus einer bloßen Aneinanderreihung von Zitaten und vollständig oder in ausführlichen Auszügen